

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Trachtenstr. 1
Tageblatt-Riesner
Herausg. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Riesa 1530.
Strohfasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 23.

Freitag, 27. Januar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug RM. 2.14 einfr. Postgebühr (ohne Anzeigen). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Säulen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Notationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zum Geburtstag Wilhelm II.

* Amsterdam. Aus Anlaß des 74. Geburtstages des Kaisers ist im Laufe des Donnerstag in Doorn bereits eine Reihe von Gästen eingetroffen, während andere am Abend erwartet würden. Darunter befinden sich der Kronprinz, die Prinzessinnen Elisabeth und Auguste Wilhelmine, der zweite Sohn des Kronprinzen, Prinz Louis Ferdinand, Großherzog Albert von Württemberg mit seinem Sohn Philipp Albrecht, die Erbprinzeßin zu Solms sowie der Markgraf von Meissen. Heute Freitag vormittags fand auf Schloß Doorn ein Gottesdienst statt, bei dem Pastor D. Schöner die Predigt hielt. Abends ist Festbankett, zu dem auch verschiedene holländische Gäste geladen sind, worauf ein väterländischer Film zur Vorführung gelangen wird.

Glückwunschtelegramm Eugenbergs an Kaiser Wilhelm.

II Berlin. Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Eugen Berg, hat folgendes Telegramm an Kaiser Wilhelm gerichtet: „Euer Majestät bitte ich, ausweichend namens der Deutschnationalen Volkspartei ehrfürchtige und treue Segenswünsche für das neue Lebensjahr auszusprechen zu dürfen.“

Reformierte Arbeitslosen-Versicherung erst ab 1. April?

Wie das Nachrichtenbüro des VdA. meldet, ist der Stand der Reformarbeiten an der Arbeitslosenversicherung im Augenblick der folgende: Nach Durchsprechung dieser von allen Seiten als notwendig empfundenen Reform im Ausschuss des Reichskabinetts sind jetzt die Referenten der beiden hauptsächlich beteiligten Ressorts, nämlich des Reichsfinanz- und des Reichsarbeitsministeriums, dabei, die verschiedenen Reformmöglichkeiten auf ihre arbeitsmarktpolitischen und finanziellen Auswirkungen hin zu prüfen. Die Vorträge der Referenten bei den beiden genannten Reichsministern dürften bereits in diesen Tagen beginnen. Die Minister werden sich dann über die Art der von ihnen zu empfehlenden Vorlage entscheiden und diese Entwürfe dem Kabinett vorlegen. Zu den wesentlichen Fragen, die dabei zu klären sind, gehört vor allem die, ob eine Beitragsneuregelung notwendig sein muß. Nach den bisherigen Dispositionen ist damit zu rechnen, daß die Reform der Arbeitslosenversicherung mit dem 1. April d. J. in Kraft tritt. Man scheint in maßgebenden Kreisen diesen Termin schon aus dem Grunde zu bevorzugen, weil ab 1. April ja der neue Reichsetat läuft und weil in ihm bereits die Auswirkungen der Reform sich zeigen lassen. Man muß bis zum 1. April wissen, welche Mittel für die Arbeitslosen-Versicherung im Reichshaushaltsplan einzusetzen sind. Eine der vielen schwierigen Fragen, die sich dann ergeben würden, wenn man die gesamte Arbeitslosen-Versicherung den Kommunen überließe und die Reichsanstalt verzwänge, wäre die, wie ein Ausgleich zu schaffen sei zwischen den von der Arbeitslosigkeit ungenügend stark betroffenen Industrie-Gemeinden des Reichens und den weniger — relativ — betroffenen Landgemeinden. Wünschenswert wäre man in einem solchen Fall einen Ausgleichsstock schaffen. Es hat jedoch den Anschein, als ob die arbeitsmarktpolitisch wertvolle Organisationsarbeit, die beim Aufbau der Reichsanstalt und der Arbeitsämter sowie der Landesarbeitsämter geleistet wurde, sich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als unentbehrlich erweisen wird. Gut unterrichtete Kreise rechnen deshalb mit einer Wertschätzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Fürsorge für die Arbeitslosen nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln sei und daß deshalb die bisher bestehenden zwölf Landesarbeitsämter kaum entbehrlich seien. Diese zwölf Landesarbeitsämter bildeten nämlich insofern einen wichtigen Teil der seit langem erörterten Reichsreform, als sie nach rein wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten abgegrenzt wären und insofern eine wirtschaftspolitische Unterteilung des Reiches in zwölf Bezirke repräsentierten. Weiter wird hervorgehoben, daß es bei der Arbeitslosen-Versicherung nicht mit der Ausdehnung der Unterstellungen abgetan sei, sondern daß es auch darauf ankomme, die Arbeitslosen berufspolitisch zu betreuen, ihre Fortbildung zu regeln, die Arbeitsvermittlung zu ermöglichen usw. Alle diese Aufgaben würden nun bereits von den bestehenden 885 Arbeitsämtern und den zwölf Landesarbeitsämtern wahrgenommen. Man hält es für kaum möglich, daß jede kleine Gemeinde in der Lage sein werde, diese bedeutenden arbeitsmarktpolitischen Dinge für ihren kleinen Bezirk ausreichend zu organisieren. Allerdings hält man es für notwendig, daß die Reform eine Entlastung der Kommunen von den Wohlfahtsberwerbskosten bringe! Dabei dürfte auch der Gedanke eine Rolle spielen, die sogenannten Wohlfahtsberwerbskosten in die Reichsbetreuung hinüberzunehmen. Es handelt sich dabei um jenen Kreis von Wohlfahtsberwerbslosen, mit dem arbeitsmarktpolitisch gerechnet werden muß, d. h. dessen Zugehörigkeit nicht durch hohes Alter oder Gebrechlichkeit zu bloßen Subjekten der Wohlfaht geworden sind. Aus der Unterscheidung zwischen anerkannten Wohlfahts-Erwerbslosen und Wohlfahts-Erwerbslosen schließlich ergebe sich die so oft erwähnte Zahlenlücke über die Anzahl der Wohlfahtsberwerbslosen zwischen der Reichsanstalt und den Gemeinden.

Vor der Entscheidung des Völkerrechtsrats. Kombinationen und Mutmaßungen.

II Berlin. Am Vorabend der Entscheidung des Völkerrechtsrats über die Frage der Einberufung des Reichstages war die Lage gegenüber den letzten Tagen um nicht klarer geworden. In einer ganzen Reihe von Blättern steht im Vordergrund die Mutmaßung, daß der Reichstag zwar in der kommenden Woche die Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen und auch beschließen werde, aber sich dann vor den entscheidenden Abstimmungen vertagen würde. Wenn daneben auch die Möglichkeiten einer Vertagung schon vor Abgabe der Regierungserklärung erwähnt werden und dabei verschiedentlich der schon mehrfach genannte Antrag der Nationalsozialisten auf Vertagung bis zur Vorlegung des Etats wieder in den Rahmen der Betrachtungen einbezogen wird, so kommt in mehr oder weniger präziser Form in der Mehrzahl der getriebenen Abendblätter die Auffassung zum Ausdruck, daß Reichskanzler v. Schleicher unbedingt auf eine klare Entscheidung bestehen werde und daß er sich bei einer Vertagung Handlungsfreiheit für das Arbeitsprogramm der Regierung zusichern lassen würde.

Kein vorzeitiger Rücktritt Schleichers

Der Kanzler wartet die Entscheidung des Völkerrechtsrats ab

Berlin, 27. Januar.

Die heute stattfindende Sitzung des Völkerrechtsrats hat in politischen Kreisen eine nervöse Spannung erzeugt, wie sie in Gerüchten zum Ausdruck kommt, daß Reichskanzler von Schleicher bereits zurückgetreten sei. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß der Kanzler nicht daran denkt, vor einer Entscheidung des Völkerrechtsrats sein Amt niederzulegen. Er wird vielmehr durch seinen Staatssekretär den Standpunkt vertreten lassen, unbedingt eine Entscheidung herbeizuführen und erst auf Grund dieses Tatbestandes seine Entschlüsse fassen. Sobald diese vorliegen, wird der Reichskanzler sich entweder noch Freitagvormittag oder Sonnabendvormittag zum Reichspräsidenten begeben, um die je nach der Haltung des Völkerrechtsrats notwendig werdenden Entscheidungen des Reichspräsidenten einzuholen.

Wie man hört, wird der Reichskanzler bei der gleichen Gelegenheit auch Vorschläge unterbreiten, die einer Wiederholung blutiger Vorfälle wie des Dresdner Zusammenstoßes und einer Fortsetzung der gesteigerten politischen Hege, wie sie in den letzten Tagen beobachtet worden ist, vorbeugen sollen.

Die Haltung der NSDAP.

* Berlin. Der „Volk. Beobachter“ schreibt: Wie wir hören, beschäftigt die nationalsozialistische Reichstagsfraktion in der Freitagsitzung des Völkerrechtsrats feierlich besonders oder neue Anträge einzubringen. Ihre am

Tagung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks.

Berlin. (Zuspruch.) Der Reichsverband des deutschen Handwerks veranstaltete heute vormittag eine öffentliche Kundgebung, zu der unter anderem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold, der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Dr. Gerke, Reichskommissar für das Handwerk und Kleinindustrie Ministerialrat Dr. Goppel, sowie verschiedene Reichstags- und Landtagsabgeordnete erschienen waren.

Der Tagung überbrachte

Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold

die Grüße der Reichsregierung. In den vielfach erhobenen Bedenken, daß die Regierung das Ausmaß der wirtschaftlichen und sozialen Not im Handwerk und in gesamten Mittelstand nicht kenne, und daß sie dieser Not intensiver zusehe, erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß diese Bedenke nicht berechtigt seien. Die Regierung sei über die Lage des Handwerks völlig unterrichtet. Was die von der Reichsregierung ergriffenen Maßnahmen anlangt, so führte der Minister aus: Inzwischen der gewerkschaftlichen Genossenschaften hat die Reichsregierung Bürgschaften im Rahmen von 65 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Weiterhin sind diesen gewerkschaftlichen Kreditgenossenschaften 22 Millionen RM als verlorene Zuschüsse zugesichert worden und die Reichsregierung hat beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen, diese Hilfe um einen letzten weiteren verlorene Zuschuß in Höhe von 28 Millionen Reichsmark zu erweitern. Zur Deckung derjenigen Verluste gewerkschaftlicher Genossenschaften, die aus ihrem landwirtschaftlichen Kreditgeschäft erwachsen sind, werden im Zuge der Sanierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 20 Millionen RM verwendet werden. Für die sogenannte Kleinkreditaktion hat die Reichsregierung der Dank für Deutsche Industrieobligationen 40 Millionen RM in Form von Reichsschatzansweisungen zugesichert, um Kredite an das mittlere und kleine Gewerbe zu ermöglichen.

20. Januar geäußerte Ansicht, daß im Plenum des Reichstages zunächst einmal über die Wertschätzung und die Befestigung der sozialen Härten der Juli-Rotverordnung vom vorigen Jahr beraten werden müßte, hat die Fraktion vorerst fallen lassen, weil die Regierung mit der Beabsichtigung, daß doch kein Geld vorhanden sei, auch entsprechende Beschlüsse nicht durchführen würde. Von einer abermaligen Vertagung des Reichstages bis zu dem Zeitpunkt, an dem das Kabinett den Haushaltsplan von 1933 vorgelegt hat, verspricht sich die Fraktion nichts mehr.

Falls nicht besondere Ereignisse in der Zeit zwischen dem 27. und 31. Januar eintreten, ist ein Ablauf der politischen Geschehnisse etwa wie folgt denkbar:

Der Reichstag tritt, wie beschlossen, am 31. Januar zusammen, um eine Regierungserklärung aus dem Munde des Reichskanzlers v. Schleicher entgegenzunehmen. Daran wird sich die große politische Aussprache anschließen, die vielleicht bis zum 4. Februar dauern könnte. Wenn es im Anschluß daran zur Abstimmung über den kommunikativen Mißtrauensantrag kommt, so ist seine Annahme mit den Stimmen der Nationalsozialisten nicht zweifelhaft, um so mehr als keine einzige Partei, ausgenommen die Deutsche Volkspartei, Veranlassung haben dürfte, den Reichskanzler von Schleicher noch länger zu halten. Auch Zentrum und Bayerische Volkspartei werden es sich wohl gründlich überlegen müssen, ob sie sich etwa, wie von parlamentarischer Seite vermutet, der Stimme enthalten werden.

Die Entscheidung am 4. Februar die Annahme des Reichstages kommt, liegt ganz allein beim Reichspräsidenten. Wir wissen nicht, ob er sich bis dahin an der Überzeugung durchgerungen haben wird, daß die Krise nur durch Hitler's Vertagung mit dem Reichskanzleramt zu lösen ist.

Die Bayerische Volkspartei fordert Klärung.

* München. Zur Lage im Reich bemerkt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz u. a., es sei dringend an der Zeit, daß der nebelhafte Zustand, in dem die Regierung des Reiches mit allem, was sie herum sei, geraten sei, endlich verstreut werde. Die Reichsregierung habe die Pflicht, eine Klärung herbeizuführen. Herr von Schleicher müsse den Beweis liefern, ob er das Zeug zum führenden Staatsmann habe und ob er fähig sei, das traurige Spiel politischer Kalkülstückerlei Herr zu werden. Von einer Regierung müsse das Plindum der Führung ausgehen. Daran habe es in der letzten Zeit bedenklich gefehlt. Die Bayerische Volkspartei werde jederzeit bereit sein, eine Politik zu unterstützen, die auf die Wiederherstellung eines arbeitsfähigen Reichstages als der Vorbedingung einer wirklich arbeitsfähigen Reichsregierung abziele. Da dieses Ziel zur Zeit nicht erreichbar sei, sollte alles daran gesetzt werden, um einen Ausweg zu finden, der die Reichsregierung in die Lage versetze, endlich an die sachliche Regierungsgeschäfte gehen und einen Beweis ihres Könnens liefern zu können. Von einer neuen Reichstagsauflösung und Reichstagsneuwahlen könne sich das deutsche Volk nichts versprechen.

Die für die Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden bereitgestellten 50 Millionen RM, deren Erhöhung um weitere 50 Millionen RM angefragt ist, werden vornehmlich den handwerklichen Betrieben zugute kommen. Arbeitsbeschaffung dieser Art ist die beste und vordringlichste Hilfe für das Handwerk.

Keine Regierung könne den Mittelstand davon betören, so führte der Minister weiter aus, die Not der Gesamtwirtschaft sei seinem Teil mitzutragen. Bei der Erwägung wirtschaftspolitischer Maßnahmen müsse die Reichsregierung die Wirkung auf die Gesamtheit prüfen und die Rücksicht auf das ganze entscheiden sein lassen. Diese Pflicht sei um so eindringlicher, je größer die wirtschaftliche Not ausfallen sei, und je unerträglicher sie jede Schicht der Bevölkerung erfaße. Unter diesem Gesichtspunkt werde die Reichsregierung auch den Wünschen des Handwerkes näher treten und sie werde diese Wünsche mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit prüfen.

Der Präsident des Instituts für Konjunkturforschung

Prof. Dr. Wagemann

sprach über „Handwerk und Volkswirtschaft“. Er sprach über die Wandlungen des Handwerks durch die Technik. Die technischen Maßnahmen, die das Handwerk zur Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen in der Nachkriegszeit getroffen hat, so sagte der Redner, spiegeln sich darin wider, daß von den Gesamtansätzen des Handwerks in den 5 Jahren 1924—1928 von etwa rund 1,27 Milliarden RM rund 705 Millionen RM auf Anlagenausbau entfallen. Die handwerkliche Neudefinition machte somit in den Jahren 1924—1928 etwa ein Siebtel der gesamten industriellen Neudefinition aus.

Die Wirtschaftskraft des Handwerks bewährt sich besonders in der Krise. Es ergibt sich nämlich, daß das handwerkliche Umsatzvolumen im vergangenen Wirtschaftsjahr abgewungen weniger stark gesunken ist als die industrielle